

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Schaubilder	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

Teil A. Einleitung und Grundlagen

Kapitel 1. Entwicklungslinien des Erbrechts	1
Kapitel 2. Grundprinzipien und Grundbegriffe des Erbrechts	18

Teil B. Perspektive des Erblassers

Kapitel 3. Inhalt und Grenzen der Testierfreiheit	43
Kapitel 4. Gestaltungsmittel aus Sicht des Erblassers	71
Kapitel 5. Die Teilhabeberechtigung am Nachlass kraft Gesetzes	167
Kapitel 6. Abweichende Gestaltung der Teilhabeberechtigung am Nachlass	212
Kapitel 7. Nachlassverwaltung und Abwicklung	279
Kapitel 8. Widerruf und Änderung einer Verfügung von Todes wegen	301

Teil C. Perspektive der Nachlassberechtigten

Kapitel 9. Feststellung des wahren Erblasserwillens	333
Kapitel 10. Erwerb der Erbenstellung	396
Kapitel 11. Die Stellung des Erben und des Vermächtnisnehmers	447
Kapitel 12. Sicherung der Nachlassteilhabe	524
Kapitel 13. Die Nachlassteilhabe als Gegenstand des Rechtsverkehrs	544
Kapitel 14. Die Erbengemeinschaft	564
Kapitel 15. Die Testamentsvollstreckung	639

Teil D. Perspektive des Rechtsverkehrs

Kapitel 16. Nachlassverbindlichkeiten und Systematik der Erbenhaftung ...	713
Kapitel 17. Die Perspektive des Nachlassgläubigers	736
Kapitel 18. Die Haftung in der Erbengemeinschaft	807
Kapitel 19. Fragen der Legitimation	827
Kapitel 20. Die Mindestteilhabe des übergangenen gesetzlichen Erben	893

Teil E. Nachfolge in besondere Vermögensarten

Kapitel 21. Das Landwirtschaftserbrecht	989
Kapitel 22. Unternehmensnachfolge	1008
Kapitel 23. Der Erbfall mit Auslandsbezug	1074
Sachverzeichnis	1115

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Schaubilder	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

Teil A. Einleitung und Grundlagen

Kapitel 1. Entwicklungslinien des Erbrechts	1
§ 1. Geschichte des Erbrechts	2
I. Rechtshistorische Wurzeln	2
II. Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg	4
§ 2. Rechtsquellen des Erbrechts	5
I. Materielles Recht	5
II. Internationales Privatrecht	6
III. Verfahrensrecht	6
IV. Erbschaftsteuerrecht	7
V. Europäische Rechtsentwicklung	9
§ 3. Gesellschaftliche Entwicklungen	10
I. Der Funktionswandel von Erbschaften	10
II. Veränderungen der Vermögensarten von Erbschaften und des Erbvolumens	12
III. Veränderungen der sozialen Stellung des Erben zum Erblasser ..	15
IV. Veränderungen in der Gesellschaft	15
V. Folgerungen	16
Kapitel 2. Grundprinzipien und Grundbegriffe des Erbrechts	18
§ 4. Das Erbrecht	19
§ 5. Der Erblasser	21
§ 6. Der Erbfall	21
§ 7. Erbe und Erbenstellung	22
I. Begriff	22
II. Erbfähigkeit natürlicher Personen	22
III. Bedeutung des § 1923 Abs. 2	23
IV. Erbfähigkeit juristischer Personen	24
V. Verlust und Disposition der Erbenstellung	26
§ 8. Die Universalsukzession	26
I. Begriff und Bedeutung der Universalsukzession	26
II. Ausnahmen vom Prinzip der Universalsukzession	28
§ 9. Die Erbschaft	31
I. Begriff	31

II. Vererblichkeit schuldrechtlicher Beziehungen	32
III. Vererblichkeit dinglicher Rechte	33
IV. Vererblichkeit von Schadenersatzansprüchen	34
V. Vererblichkeit von Unterlassungsansprüchen	34
VI. Vererblichkeit von Immaterialgüterrechten	34
VII. Postmortaler Persönlichkeitsschutz	35
VIII. Vererblichkeit von Mitgliedschaftsrechten und Anteilen an Kapital- und Personengesellschaften	36
IX. Vererblichkeit familienrechtlicher Beziehungen	38
X. Vererblichkeit körperlicher Überreste	38
§ 10. Die Totenfürsorge	39

Teil B. Perspektive des Erblassers

Kapitel 3. Inhalt und Grenzen der Testierfreiheit	43
§ 11. Die Ausprägung der erbrechtlichen Gestaltungsfreiheit	44
I. Rechtsquellen und Grundlagen	44
1. Gestaltungsfreiheit als Strukturprinzip	44
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	45
a) Bedeutung	45
b) Schutzbereich	46
c) Grenzen	47
aa) Schranken	47
bb) Pflichtteil	48
3. Erbrecht und Vermögen	48
4. Schutz der Testierfreiheit im Erbrecht	49
II. Die Testierfähigkeit	50
1. Begriff der Testierfähigkeit	50
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	50
3. Anforderungen	51
a) Mindestalter	51
b) Einsichtsfähigkeit	52
4. Testierunfähigkeit	52
a) Begriff	52
b) Voraussetzungen	53
5. Feststellung der Testierfähigkeit	54
§ 12. Grenzen der Testierfreiheit	56
I. Gesetzliche Verbote	56
1. Mentalreservation, Schein- und Scherzgeschäft	56
2. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	57
a) Grundsätze	57
b) Verstoß gegen das Heimrecht	58
3. Erbrechtliche Grenzen	61
II. Sittenwidrigkeit letztwilliger Verfügungen	61
1. Grundsätze	61
a) Maßstäbe	61
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	62
2. Sittenwidrigkeit und Geliebtentestamente	63
3. Sittenwidrigkeit und Behindertentestamente	64

4. Bedeutung der Grundrechte bei der Ermittlung des Sittenwidrigkeitsmaßstabs	66
5. Auf dem Weg zu einer allgemeinen Inhaltskontrolle?	67
III. Nichtigkeit, Unwirksamkeit, Teilunwirksamkeit und Umdeutung	68
1. Nichtigkeit und Unwirksamkeit	68
2. Teilunwirksamkeit und Umdeutung letztwilliger Verfügungen	68
a) Teilunwirksamkeit	68
b) Umdeutung	69
Kapitel 4. Gestaltungsmittel aus Sicht des Erblassers	71
§ 13. Grundfragen letztwilliger Verfügungen	73
I. Begriff, Abgrenzung und Arten	73
II. Rechtsnatur	74
§ 14. Das Einzeltestament	75
I. Typenzwang	75
II. Testamentserrichtung	76
1. Die Voraussetzungen	76
2. Das eigenhändige Testament	79
a) Eigenhändigkeit	79
b) Namensunterschrift	81
aa) Unterschrift	81
bb) Räumliche Anordnung	82
cc) Anlagen, Streichungen, Nachträge, spätere Zusätze	83
c) Rechtsfolgen bei Verstoß	85
d) Bloße Sollangaben	85
3. Das öffentliche Testament	86
a) Bedeutung	86
b) Formen	88
aa) Errichtung durch Erklärung	89
bb) Errichtung durch Übergabe einer Schrift	90
4. Sonderfälle	91
a) Errichtung durch Minderjährige	92
b) Errichtung durch leseunfähige Erblasser	92
c) Errichtung durch Erblasser mit sonstigen Behinderungen	93
§ 15. Die außerordentlichen Testamente	94
I. Bedeutung	94
II. Nottestament vor dem Bürgermeister	94
III. Dreizeugentestament	95
IV. Seetestament	97
§ 16. Das gemeinschaftliche Testament	97
I. Bedeutung und Begriff	97
1. Bedeutung	97
2. Begriff	98
3. Wesen des gemeinschaftlichen Testaments	100
II. Arten und Errichtung	100
1. Arten des gemeinschaftlichen Testaments	100
2. Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments	101

3. Umdeutung bei Formverstößen	104
4. Beteiligte	105
III. Das Berliner Testament	107
1. Gestaltungsmöglichkeiten	107
2. Unterschiede zwischen Einheits- und Trennungslösung	108
a) Pflichtteil	108
aa) Trennungslösung	108
bb) Einheitslösung	108
b) Rechtstellung des überlebenden Ehegatten	110
3. Auslegung und Auslegungsregel	111
4. Wiederverheiratungsklauseln	113
a) Zweck und Gestaltungsformen	113
b) Grenzen der Gestaltung	115
c) Rechtsfolgen	115
aa) Trennungslösung	115
bb) Einheitslösung	116
cc) Vermächtnislösung	116
dd) Wiederverheiratung und Verfügungsfreiheit	116
IV. Wechselbezügliche Verfügungen	117
1. Begriff	117
2. Auslegung und Wechselbezüglichkeit	118
3. Die Auslegungsregel des § 2270 Abs. 2	120
a) Bedeutung	120
b) Voraussetzungen	120
4. Wirkungen der Wechselbezüglichkeit	122
V. Schwächen gemeinschaftlicher Testamente	123
1. Gestalterische Schwächen	123
2. Erbschaftsteuerliche Schwächen	123
3. Pflichtteilsrechtliche Schwächen	124
4. Schwächen im internationalen Rechtsverkehr	125
§ 17. Der Erbvertrag	126
I. Die Rechtsnatur des Erbvertrags	126
II. Abgrenzung	127
III. Arten von Erbverträgen	128
IV. Der Abschluss eines Erbvertrags	130
1. Persönlicher Abschluss	130
2. Geschäftsfähigkeit	131
3. Weitere Voraussetzungen	132
V. Der Inhalt eines Erbvertrags	133
1. Gegenstand	133
2. Bindende und nicht bindende Verfügungen	133
a) Unterscheidung	133
aa) Bedeutung der Abgrenzung	133
bb) Feststellen der Bindungswirkung	135
b) Änderungsvorbehalt	136
c) Auslegungsregel des § 2077	137
VI. Die erbrechtlichen Folgen des Erbvertrages	137
§ 18. Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	140
1. Begriff, Gründe und Abgrenzungsfragen	140

II.	Das Schenkungsversprechen von Todes wegen	141
1.	Begriff und rechtliche Einordnung	141
2.	Voraussetzungen	142
3.	Ausnahmen	143
a)	Die auf den Tod befristete Schenkung (§ 518)	143
b)	Das lebzeitig vollzogene Schenkungsversprechen mit Überlebensbedingung	145
aa)	Bedeutung und Anwendungsbereich	145
bb)	Grundsätze des Leistungsvollzugs	146
cc)	Leistungsvollzug unter Hinzuziehung eines Dritten ..	147
III.	Der Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	151
1.	Bedeutung	151
2.	Die Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten	152
3.	Anwendung erbrechtlicher Vorschriften	153
a)	Problemdarstellung	153
b)	Lösung durch die Rechtsprechung	153
c)	Kritik im Schrifttum	155
d)	Folgerungen	156
IV.	Vorteile einer Zuwendung unter Lebenden auf den Todesfall gegenüber der erbrechtlichen Rechtsnachfolge	157
1.	Vereinfachte Vermögensübertragung	157
2.	Rechtliche Vorteile	157
a)	Direkterwerb	157
b)	Stellung gegenüber Nachlassgläubigern und Vertragserben ..	158
3.	Steuerliche Vorteile	159
§ 19.	Trans- und postmortale Vollmachten	159
I.	Bedeutung und Begrifflichkeiten	159
II.	Erteilung und Erlöschen	160
III.	Die Vorsorgevollmacht	163
1.	Begriff und Bedeutung	163
2.	Erteilung	164
IV.	Vollmacht und Erbengemeinschaft	166
Kapitel 5.	Die Teilhabeberechtigung am Nachlass kraft Gesetzes	167
§ 20.	Das gesetzliche Leitbild	168
I.	Die Bedeutung der gesetzlichen Erbfolge	168
II.	Das Prinzip der Familienerbfolge	170
§ 21.	Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	172
I.	Verwandtschaft und Abstammung	172
II.	Das gesetzliche Erbrecht der Kinder	172
1.	Abstammung von der Mutter	172
2.	Abstammung vom Vater	173
3.	Annahme als Kind (Adoption)	175
4.	Die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern	177
5.	Einbenannte Kinder	178
III.	Die Grundsätze der Verwandtenerbfolge	178
1.	Gesamtübergang vs. Sondererbfolge	178
2.	Parentelsystem vs. Gradualsystem	179
3.	Stammes- und Liniensystem	181
4.	Repräsentationssystem und Eintrittsrecht	182

5. Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten zweiter Ordnung	183
6. Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten dritter Ordnung	184
7. Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten in der vierten und in weiteren Ordnungen	186
8. Erbrecht bei mehrfacher Verwandtschaft	186
§ 22. Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	187
I. Die Bedeutung des gesetzlichen Ehegattenerbrechts	187
II. Die Voraussetzungen des gesetzlichen Erbteils des überlebenden Ehegatten	188
III. Das Versterben des Erblassers während des Scheidungsverfahrens	188
1. Grundsätze	188
2. Materielle Voraussetzungen	189
3. Formelle Voraussetzungen	189
4. Rechtsfolgen	190
IV. Allgemeine Grundsätze zum Erbteil des Ehegatten	191
1. Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten	191
2. Erbteil neben Verwandten der dritten Ordnung	193
V. Besonderheiten aufgrund des gewählten Güterstandes	194
1. Der Güterstand der Zugewinngemeinschaft	194
2. Die vertraglichen Güterstände	196
a) Die Gütertrennung	196
b) Die Gütergemeinschaft	197
VI. Der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	199
VII. Steuerliche Aspekte des gesetzlichen Erbrechts des Ehegatten	199
§ 23. Das gesetzliche Erbrecht des gleichgeschlechtlichen Lebenspartners	200
I. Die allgemeinen Grundsätze des gesetzlichen Erbrechts des Lebenspartners	200
II. Das Versterben des Erblassers während des Aufhebungsverfahrens	201
III. Gesetzliches Erbrecht und Güterstand	202
1. Güterstand der Zugewinngemeinschaft	202
2. Güterstand der Gütertrennung	202
3. Güterstand der Gütergemeinschaft	202
§ 24. Die Erhöhung des gesetzlichen Erbteils	203
I. Problemdarstellung	203
II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 1935	203
§ 25. Das gesetzliche Erbrecht des Staates	204
I. Inhalt des Erbrechts	204
II. Internationale Erbfälle	206
§ 26. Die gesetzlich angeordneten Zuwendungen	207
I. Der sog. Dreißigste	207
II. Der Voraus des Ehegatten	208
1. Bedeutung	208
2. Anwendungsbereich	209
3. Rechtsfolgen	209
a) Schuldrechtlicher Anspruch	209
b) Umfang des Anspruchs	210
c) Inhalt des Anspruchs	210

Kapitel 6. Abweichende Gestaltung der Teilhabeberechtigung am Nachlass	212
§ 27. Abweichende erbrechtliche Anordnungen hinsichtlich der Teilhabeberechtigung	213
I. Die Einsetzung eines oder mehrerer Erben	213
1. Der Grundsatz der Universalsukzession	213
2. Möglichkeiten der Erbeinsetzung	214
3. Erbeinsetzung und Zuwendung von Gegenständen	216
4. Die Bestimmung des Erben	217
a) Grundsatz der formellen Höchstpersönlichkeit	217
b) Grundsatz der materiellen Höchstpersönlichkeit	218
aa) Inhalt	218
bb) Problem der Drittbestimmung	219
c) Einsetzung von Abkömmlingen	221
d) Bedingte und befristete Erbeinsetzung	222
e) Ungenaue Erbeinsetzung	224
II. Die Enterbung	224
III. Die Einsetzung eines Ersatzerben	226
1. Bedeutung	226
2. Wegfall des zunächst Berufenen	227
3. Ersatzerbenbestimmung durch den Erblasser	227
4. Rechtsfolgen der Ersatzerbenbestellung	228
IV. Die Einsetzung von Vor- und Nacherben	228
1. Begriff und Bedeutung der Nacherbeneinsetzung	228
2. Die Anordnung von Vor- und Nacherbschaft	230
a) Anordnung durch letztwillige Verfügung	230
b) Abgrenzungsfragen	232
c) Ausgestaltung der Vor- und Nacherbschaft	234
d) Besondere Auslegungsregeln	236
§ 28. Abweichende Anordnung hinsichtlich der Art der Teilhabe	239
I. Die Anordnung von Vermächtnissen	239
1. Bedeutung von Vermächtnissen	239
2. Anordnung und Abgrenzungsfragen	240
3. Vermächtnis und Steuerschuld	241
II. Der Vermächtnisnehmer	242
1. Person des Vermächtnisnehmers	242
2. Drittbestimmung des Vermächtnisnehmers	244
III. Der Beschwerter	245
1. Person des Beschwertens	245
2. Pflichten des Beschwertens	246
3. Mehrheit von Beschwertens	247
IV. Der Gegenstand des Vermächtnisses	248
1. Vermögensvorteil	248
2. Verbindlichkeiten auf dem Vermächtnisgegenstand	249
3. Früchte, Nutzungen und Verwendungen	249
V. Die Arten von Vermächtnissen	250
1. Überblick über die Ausgestaltung der Rechtsmacht	250
a) Ersatzvermächtnis	250
b) Hauptvermächtnis	251
c) Nachvermächtnis	251

d) Untervermächtnis	251
e) Vorausvermächtnis	251
2. Überblick über den Gegenstand der Zuwendung	252
a) Bestimmungsvermächtnis	253
b) Forderungsvermächtnis	253
c) Gattungsvermächtnis	254
d) Nießbrauchsvermächtnis	255
e) Pflichtteilsvermächtnis	255
f) Quotenvermächtnis	255
g) Schuldvermächtnis	256
h) Stückvermächtnis	256
i) Universalvermächtnis	256
j) Verschaffungsvermächtnis	257
k) Verteilungsvermächtnis	259
l) Wahlvermächtnis	259
m) Zweckvermächtnis	259
§ 29. Vorweggenommene Teilhabe kraft Rechtsgeschäfts unter Lebenden	260
I. Einführung	260
II. Unbenannte Zuwendungen unter Ehegatten	262
III. Ausstattung mit lebzeitiger Übertragung	263
IV. Schenkungen	265
1. Bedeutung und Begriff	265
2. Zuwendung und Unentgeltlichkeit	266
3. Einreden und Rückforderung	268
a) Vor Vollzug der Schenkung	268
b) Nach Vollzug der Schenkung	268
4. Haftung	270
5. Sonderformen	270
a) Schenkung unter Auflage	270
b) Schenkung unter Vorbehalt eines Wohnrechts	271
aa) Das dinglich gesicherte Wohnungsrecht	271
bb) Die Nutzungsdienstbarkeit in Form eines Wohnrechts	272
cc) Die Wohnungsreallast	272
V. Zuwendung unter Nießbrauchsvorbehalt	272
1. Bedeutung	272
2. Entstehung und Beendigung	273
3. Nießbrauchsberechtiger	275
4. Gläubigerzugriff	275
5. Nießbrauch und Steuern	275
VI. Zuwendung und Pflegeleistungen	276
VII. Zuwendung und Rentenzahlungen	277
Kapitel 7. Nachlassverwaltung und Abwicklung	279
§ 30. Das gesetzliche Leitbild	279
§ 31. Einflussnahme des Erblassers	280
I. Teilungsanordnung und Vorausvermächtnis	280
1. Bedeutung	280
2. Inhalt der Teilungsanordnung	281
3. Inhalt des Vorausvermächtnisses	282
4. Abgrenzungsprobleme	283

II. Das Auseinandersetzungsvorbot	284
1. Bedeutung	284
2. Gestaltungsmöglichkeiten	284
3. Rechtsfolgen	285
III. Die Auflage	286
1. Begriff und Bedeutung	286
2. Abgrenzung	287
3. Die betroffenen Personen	288
a) Der Beschwerde	288
b) Der Begünstigte	289
c) Der Inhaber des Vollziehungsanspruchs	289
4. Gestaltungsmöglichkeiten	291
5. Unwirksamkeit, Unmöglichkeit und Erzwingung	292
IV. Die Testamentsvollstreckung	294
1. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung	294
2. Anordnung der Testamentsvollstreckung	295
3. Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten	296
4. Typische Arten der Testamentsvollstreckung	297
V. Familienrechtliche Anordnungen mit erbrechtlichen Auswirkungen	298
VI. Letztwillige Schiedsklauseln	298
 Kapitel 8. Widerruf und Änderung einer Verfügung von Todes wegen ...	301
§ 32. Widerruf eines Testaments	301
I. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit	301
II. Die Wirkungen des Widerrufs	302
III. Die Voraussetzungen eines Widerrufs	303
1. Widerruf durch Widerrufstestament	303
2. Widerruf durch Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde	304
3. Widerruf durch ein späteres, inhaltlich widersprechendes Testament	306
4. Widerruf durch Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung ..	307
IV. Widerruf des Widerrufs	309
§ 33. Änderung eines gemeinschaftlichen Testaments	310
I. Der Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen	310
1. Bedeutung	310
2. Gemeinschaftlicher Widerruf	311
3. Eingeschränkter Widerruf bis zum ersten Erbfall	312
4. Bindungswirkung mit dem ersten Erbfall	314
a) Bindung an wechselbezügliche Verfügungen	314
b) Bindungswirkung und Änderungsvorbehalt	315
c) Befreiung von der Bindungswirkung	317
aa) Zuwendungsverzichtsvertrag	317
bb) Ausschlagung	318
cc) Aufhebungen bei Verfehlungen des Bedachten	319
II. Die Anfechtung wechselbezüglicher Verfügungen	319
1. Zu Lebzeiten beider Partner	319
2. Nach dem ersten Erbfall	320
a) Überblick	320

b) Selbstanfechtung	320
c) Anfechtung der Verfügungen des Erstverstorbenen	321
§ 34. Änderungen eines Erbvertrags	321
I. Überblick	321
II. Die Aufhebung eines Erbvertrags	323
1. Bedeutung	323
2. Mitwirkende	323
3. Form der Aufhebung	324
III. Der Rücktritt vom Erbvertrag	325
1. Grundsätze	325
2. Vertragliches Rücktrittsrecht	326
3. Gesetzliche Rücktrittsrechte	327
IV. Die Anfechtung erbvertraglicher Verfügungen	329
V. Die Rücknahme aus amtlicher Verwahrung	330

Teil C. Perspektive der Nachlassberechtigten

Kapitel 9. Feststellung des wahren Erblasserwillens	333
§ 35. Die Auslegung letztwilliger Verfügungen	334
I. Allgemeine Grundsätze	334
1. Grundlagen und Ziele	334
2. Auslegung, Umdeutung und Anfechtung	336
3. Bedeutung der Auslegung im Verfahren	336
II. Die Auslegung von Testamenten	337
1. Erforschung des wirklichen Willens	337
a) Wortlaut als Ausgangspunkt	337
b) Andeutungstheorie	339
2. Erforschung des mutmaßlichen Willens	340
3. Die ergänzende Auslegung	341
a) Aufgabe und Ziel	341
b) Voraussetzungen und Grenzen	342
4. Der Grundsatz der wohlwollenden Auslegung	344
III. Die Auslegung von Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten	345
IV. Der Auslegungsvertrag	347
V. Die gesetzlichen Auslegungsregeln	348
1. Überblick und Bedeutung	348
2. Unklarheit über das Vorliegen einer Erbeinsetzung	349
3. Unklarheit über die Person des Bedachten	351
a) Pauschalbezeichnungen	352
b) Wegfall des Bedachten	352
c) Berufung des Ehegatten oder Verlobten	354
d) Mehrdeutige Bezeichnungen	356
4. Unklarheit über die Höhe der Erbteile	356
5. Auslegungsregeln für bedingte Erbeinsetzungen	359
§ 36. Die Anfechtung letztwilliger Verfügungen	361
I. Überblick und erbrechtliche Besonderheiten	361
1. Bedeutung	361
2. Anfechtungsgegenstand im Erbrecht	362

II.	Die Anfechtungsgründe	363
1.	Überblick	363
2.	Anfechtung wegen eines Inhaltsirrtums	364
3.	Anfechtung wegen eines Irrtums in der Erklärungshandlung ..	364
4.	Anfechtung wegen eines Motivirrtums	365
a)	Bedeutung und Grenzen	365
b)	Arten von Umständen im Sinne von § 2078 Abs. 2	366
c)	Subjektive Vorstellungen des Erblassers	367
5.	Anfechtung wegen einer Drohung	369
6.	Anfechtung wegen Übergehens eines Pflichtteilsberechtigten	369
a)	Bedeutung	369
b)	Tatbestand des § 2079 S. 1	370
c)	Kein entgegenstehender hypothetischer Wille	371
III.	Kausalität des Willensmangels	372
IV.	Bestätigung und Verzicht	373
V.	Wirkung der Anfechtung	374
VI.	Anfechtungsberechtigung, Frist und Form	375
1.	Anfechtungsberechtigung	375
a)	Kreis der anfechtungsberechtigten Personen	375
b)	Einschränkung der Anfechtungsberechtigung	377
2.	Ausübung des Anfechtungsrechts	377
a)	Ausübungsbefugnis	377
b)	Erklärung vor dem Nachlassgericht	378
3.	Anfechtungsfrist	380
a)	Ausschlussfrist	380
b)	Fristbeginn	380
c)	Hemmung der Frist	382
d)	Fristablauf	383
VII.	Anfechtung gemeinschaftlicher Testamente	383
VIII.	Anfechtung von Erbverträgen	384
1.	Bedeutung und Grenzen	384
2.	Anfechtungsberechtigung	385
3.	Anfechtungsgegner	386
4.	Anfechtungsgründe	386
5.	Anfechtungserklärung	387
6.	Wirkung der Selbstanfechtung	388
7.	Besonderheiten bei der Anfechtung zwei- und mehrseitiger Eheverträge	390
§ 37.	Amtliche Verwahrung, Ablieferung und Eröffnung des Testaments	390
I.	Amtliche Verwahrung	390
II.	Ablieferungspflicht	392
III.	Eröffnung letztwilliger Verfügungen	393
Kapitel 10. Erwerb der Erbenstellung	396	
§ 38. Anfall, Annahme und Ausschlagung durch den Erben	397	
I.	Der Anfall der Erbschaft	397
1.	Begriff und Voraussetzungen	397
2.	Vonselbsterwerb	398
II.	Die Annahme der Erbschaft	399
1.	Bedeutung der Annahme	399

2. Die Annahmeerklärung	400
a) Persönliche Voraussetzungen der Annahme	400
b) Inhaltliche Voraussetzungen der Annahme	400
c) Annahme durch schlüssiges Verhalten	401
III. Die Ausschlagung der Erbschaft	402
1. Bedeutung der Ausschlagung	402
2. Die Ausschlagungsfrist	404
a) Dauer der Frist	404
b) Beginn der Frist	405
3. Ausschlagungserklärung	407
4. Umfang und Rechtsfolgen der Ausschlagung	409
a) Umfang	409
b) Erbrechtliche Folgen	410
c) Steuerrechtliche Folgen	412
5. Die Verpflichtung zur Ausschlagung	412
IV. Die Anfechtung von Annahme und Ausschlagung	414
1. Grundsätze	414
2. Die Anfechtungsgründe	415
a) Inhaltsirrtum	415
b) Erklärungsirrtum	416
c) Irrtum nach § 119 Abs. 2	416
d) Weitere Anfechtungsgründe	417
3. Form und Frist der Anfechtung	418
§ 39. Der minderjährige Erbe	419
I. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	419
1. Annahme	419
2. Ausschlagung	420
II. Anfechtung der Annahme bzw. der Ausschlagungserklärung	421
§ 40. Die Erbunwürdigkeit	422
I. Überblick	422
II. Grundsätze der Erbunwürdigkeit	423
III. Die Erbunwürdigkeitsgründe	424
1. § 2339 Abs. 1 Nr. 1	424
2. § 2339 Abs. 1 Nr. 2	425
3. § 2339 Abs. 1 Nr. 3	426
4. § 2339 Abs. 1 Nr. 4	427
5. Ausnahmen	427
IV. Verzeihung	428
V. Geltendmachung der Erbunwürdigkeit	428
§ 41. Abweichende Regelungen durch Erb- und Zuwendungsverzichte	429
I. Überblick	429
II. Der Erbverzicht	431
1. Begriff	431
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen des Erbverzichts	432
a) Die Beteiligten	432
aa) Der Erblasser	432
bb) Der Verzichtende	432
b) Die Formerfordernisse	433
aa) Notarielle Beurkundung	433
bb) Persönlicher Vertragsschluss	434

3. Inhalt des Erbverzichts	435
a) Vorliegen eines Verzichts	435
b) Gegenstand des Erbverzichts	435
c) Umfang des Verzichts	436
d) Verzicht unter Vorbehalt des Pflichtteils	437
4. Rechtswirkungen des Erbverzichts	438
5. Beseitigung des Erbverzichts	439
6. Besonderheiten beim Erbverzicht mit Gegenleistung	440
a) Bedeutung der Gegenleistung	440
b) Vollzugsprobleme	440
c) Störung der Geschäftsgrundlage	441
d) Nichtigkeitsprobleme	441
e) Inhaltskontrolle von Erbverzichten	442
III. Der Zuwendungsverzicht	443
1. Bedeutung	443
2. Umfang	444
3. Aufhebung	445
4. Rechtsfolgen	445
Kapitel 11. Die Stellung des Erben und des Vermächtnisnehmers	447
§ 42. Die Rechtsstellung des vorläufigen Erben	448
I. Überblick	448
II. Das Rechtsverhältnis zwischen vorläufigem und endgültigem Erben	449
III. Verfügungen über Nachlassgegenstände	450
IV. Rechtsgeschäfte gegenüber dem Erben	451
V. Gerichtliche Geltendmachung	451
§ 43. Die Rechtsstellung des Alleinerben	452
I. Auskunftsansprüche	452
1. Bedeutung und Überblick	452
2. Inhalt der Ansprüche	455
II. Der Erbschaftsanspruch	456
1. Bedeutung des Erbschaftsanspruchs	456
a) Materiell-rechtliche Bedeutung	456
b) Prozessuale Bedeutung	458
2. Der Herausgabeanspruch des § 2018	459
a) Voraussetzungen des Erbschaftsanspruchs	459
aa) Tatbestandsvoraussetzungen im Überblick	459
bb) Gläubiger des Anspruchs	459
cc) Schuldner des Anspruchs	459
dd) Etwas aus dem Nachlass erlangt	461
b) Inhalt der Herausgabepflicht	461
3. Der Surrogationsgrundsatz des § 2019	462
a) Bedeutung	462
b) Voraussetzungen	462
c) Schuldnerschutz	464
4. Der Anspruch auf Wertersatz	465
a) Der gutgläubige, nicht verklagte Erbschaftsbesitzer	465
b) Der verklagte Erbschaftsbesitzer	466

5. Die Haftung des deliktischen Erbschaftsbesitzers	467
6. Die Verwendungseratzansprüche des Erbschaftsbesitzers ..	469
a) Gutgläubig und unverklagt	469
b) Verwendungen des verklagten oder bösgläubigen bzw. des deliktischen Besitzers	470
III. Erbschaftsbesteuerung beim Alleinerben	471
§ 44. Die Rechtsstellung des Erbvertragserben	471
I. Grundsätze	471
II. Beeinträchtigende Schenkungen	472
1. Bedeutung des § 2287	472
2. Voraussetzungen des § 2287	473
a) Schenkungsbegriff	474
b) Objektive Beeinträchtigung des Vertragserben	475
c) Beeinträchtigungsabsicht	476
d) Missbrauch der Verfügungsfreiheit	476
e) Anfall der Erbschaft	477
f) Rechtsfolgen	478
III. Ausschluss des Anspruchs	478
§ 45. Die Rechtsstellung des Vor- und des Nacherben	479
I. Die Rechtsstellung des Vorerben	479
1. Grundsätze	479
2. Verfügungsrechte des Vorerben	481
a) Verfügungen über Grundstücke	481
b) Schenkungen	483
3. Zwangsvorführungen	485
4. Verwaltung des Nachlasses durch den Vorerben	487
a) Grundsätze	487
b) Umfang der Verwaltungsrechte	487
c) Kontrollrechte des Nacherben	488
d) Pflicht zur Trennung der Vermögensmassen?	490
5. Surrogation	491
6. Nutzungen	493
7. Der befreite Vorerbe	494
II. Die Rechtsstellung des Nacherben	496
1. Entstehen des Anwartschaftsrechts	496
2. Verfügung über die Anwartschaft	497
3. Vererbung der Anwartschaft	499
III. Ansprüche von Vor- und Nacherben	500
1. Ansprüche des Vorerben	500
2. Ansprüche des Nacherben	502
a) Grundsätze	502
b) Herausgabeanspruch	502
c) Beweisprobleme	503
d) Schadenersatzpflicht	504
IV. Vereinbarungen zwischen Vor- und Nacherbe	505
1. Beseitigung der Nacherbschaft	505
2. Einverständliche Beseitigung der Bindung bezüglich einzelner Nachlassgegenstände	506
V. Vor- und Nacherbschaft im Prozess	507

VI. Erbscheinsverfahren	508
VII. Erbschaftsbesteuerung bei Vor- und Nacherbschaft	508
§ 46. Die Stellung des Vermächtnisnehmers	509
I. Anfall, Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	509
II. Die Rechtsstellung des Vermächtnisnehmers	511
1. Der Vermächtnisnehmer als Nachlassgläubiger	511
2. Mehrere Vermächtnisnehmer	512
III. Der Vermächtnisanspruch	513
1. Schuldrechtlicher Anspruch	513
2. Fälligkeit des Anspruchs	515
3. Bedingung und Befristung	516
IV. Der Auskunftsanspruch des Vermächtnisnehmers	518
V. Der unzureichende Nachlass	519
VI. Vermächtnis und Sozialhilfe	520
VII. Erbvertrag und Vermächtnis	520
1. Bedeutung des § 2288	520
2. Voraussetzungen	521
3. Anspruchsberechtigter und Verpflichteter	522
4. Anspruchsinhalt	522
Kapitel 12. Sicherung der Nachlassteilhabe	524
§ 47. Sicherung des Nachlasses	524
I. Überblick	524
II. Die Voraussetzungen für die Anordnung	525
1. Ungewissheit über die Erbfolge	525
2. Sicherungsbedürfnis	526
III. Die einzelnen Sicherungsmittel	528
1. Anlegung von Siegeln, Inverwahrungnahme von Wertsachen, sonstige Sicherungsmittel	528
2. Aufnahme eines Nachlassverzeichnisses	529
3. Kontensperrung	529
§ 48. Der Nachlasspfleger	530
I. Bedeutung	530
II. Die Sicherungs- und die Prozesspflegschaft	532
1. Aufgaben des Sicherungspflegers	532
2. Die Prozess- oder Klagepflegschaft	534
III. Beendigung der Nachlasspflegschaft	535
IV. Haftung des Nachlasspflegers	536
V. Vergütung des Nachlasspflegers	536
VI. Aufsicht des Nachlassgerichts über den Nachlasspfleger	537
§ 49. Das nachlassgerichtliche Verfahren	538
I. Grundsätze	538
II. Entscheidung und Rechtsmittel	539
§ 50. Die Erbenermittlung	540
I. Erbenermittlung als Bestandteil der Nachlasssicherung	540
II. Erbenermittlung durch den Nachlasspfleger	541
III. Feststellung des gesetzlichen Erbrechts des Staates	541
IV. Gewerbliche Erbenermittlung	542

Kapitel 13. Die Nachlassteilhabe als Gegenstand des Rechtsverkehrs	544
§ 51. Gegenstand des Erbschafts- und des Erbteilskaufs	544
I. Begriff, Kaufgegenstand und Bedeutung	544
1. Begriff	544
2. Kaufgegenstand	545
3. Bedeutung	547
II. Form des Erbschaftskaufvertrags	548
§ 52. Rechtsbeziehungen zwischen Verkäufer und Käufer	550
I. Grundsätze	550
II. Herausgabepflicht des Verkäufers	551
1. Alleinerbschaft	551
2. Erbteil	551
a) Kaufgegenstand und Übertragungspflicht	551
b) Gesetzliches Vorkaufsrecht der Miterben	553
aa) Bedeutung und Voraussetzung	553
bb) Durchführung und Rechtsfolgen	555
cc) Auseinandersetzung durch Erbteilskauf	557
3. Nacherbe	557
III. Gefahrübergang, Nutzungen und Verwendung	557
1. Grundsatz des Gefahrübergangs	557
2. Nutzungen und Lasten	558
3. Verwendungen und Aufwendungen	558
IV. Haftung des Verkäufers	559
§ 53. Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien zu den Nachlassgläubigern ..	560
I. Gesamtschuldnerische Haftung von Käufer und Verkäufer	560
II. Die Haftung des Käufers	560
III. Die Stellung des Verkäufers nach dem Verkauf	561
§ 54. Steuerrechtliche Fragen	562
Kapitel 14. Die Erbengemeinschaft	564
§ 55. Einleitung, Entstehung und Folgen der Erbengemeinschaft	565
I. Einleitung	565
II. Entstehung und Folgen der Erbengemeinschaft	568
1. Entstehen der Erbengemeinschaft	568
2. Die gesamthänderische Bindung	569
3. Sonderfall Singulärer Sukzession	571
4. Auskunftsrechte in der Erbengemeinschaft	572
5. Prozessuale Aspekte	573
§ 56. Der Nachlass als Sondervermögen	574
I. Der Anteil des Miterben am Nachlass	574
1. Verfügung über Nachlassgegenstände und Forderungen	574
2. Verfügung über den Anteil am Nachlass	575
a) Bedeutung und Grenzen der Verfügung	575
b) Form der Verfügung	576
c) Gegenstand der Verfügung	576
d) Verfügungsarten	577
3. Vollstreckung in den Miterbenanteil	579
II. Der Surrogationsgrundsatz des § 2041	580
1. Bedeutung	580

2. Die Surrogationsarten	580
3. Forderungserwerb durch Surrogation	582
III. Erbengemeinschaft und Besteuerung	582
§ 57. Die Verwaltung des Nachlasses	583
I. Überblick	583
II. Die Verwaltungsberechtigung	585
III. Lasten und Nutzen der Verwaltung	585
1. Kosten und Lasten	585
2. Früchte und Gebrauch	586
IV. Die außerordentliche Verwaltung	587
V. Die ordnungsgemäße Verwaltung	588
1. Innenverhältnis zwischen den Miterben	588
2. Bedeutung für das Außenverhältnis	590
3. Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten	591
VI. Die notwendige Verwaltung	591
§ 58. Das Außenverhältnis	593
I. Verfügungsgeschäfte über Nachlassgegenstände	593
1. Grundsätze	593
2. Verfügungen als Maßnahmen ordnungsgemäßer Verwaltung ..	595
3. Verfügungen als Maßnahmen notwendiger Verwaltung	596
II. Rechtsdurchsetzung gegen die Erbengemeinschaft	597
§ 59. Der Umgang mit Nachlassforderungen	597
I. Die Bedeutung des § 2039	597
II. Voraussetzungen	598
1. Zum Nachlass gehörender Anspruch	598
2. Leistung an alle Miterben	599
III. Geltendmachung der Nachlassforderung	599
1. Forderungsinhaberschaft und <i>actio pro socio</i>	599
2. Rechtsdurchsetzung	600
3. Prozessuale Folgen	601
§ 60. Die Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	602
I. Überblick	602
II. Anspruch auf Auseinandersetzung	603
1. Anspruchsinhalt und Berechtigung	603
2. Gesetzlicher Ausschluss	605
3. Ausschluss durch letztwillige Verfügung	606
a) Bedeutung des § 2044	606
b) Mögliche Regelungen durch den Erblasser	606
4. Ausschluss durch Vereinbarung der Miterben	608
III. Das Verfahren der Auseinandersetzung	608
1. Überblick	608
2. Die gesetzlichen Auseinandersetzungsregeln	609
3. Auseinandersetzungsanordnungen des Erblassers	612
a) Gestaltungsmöglichkeiten	612
b) Wirkungen	613
c) Abgrenzungsfragen	614
d) Anordnung eines Dritten nach billigem Ermessen	615
4. Auseinandersetzung unter den Miterben	616
a) Auseinandersetzungsvertrag	616

b) Gerichtliche Vermittlung	618
c) Abschichtung	618
d) Teilauseinandersetzungen	619
5. Gerichtliche Durchsetzung des Erbteilungsanspruchs	620
6. Erbauseinandersetzung durch Testamentsvollstrecker	622
7. Steuerliche Folgen der Erbauseinandersetzung	622
§ 61. Die Ausgleichungsregeln der §§ 2050 ff.	623
I. Bedeutung der Ausgleichungspflichten	623
II. Voraussetzungen der Ausgleichung	625
1. Verpflichtung zur Ausgleichung	625
2. Ausgleichsberechtigung	626
3. Vorliegen einer Zuwendung	627
a) Lebzeitige Zuwendung des Erblassers	627
b) Arten von Zuwendungen	628
aa) Überblick	628
bb) Ausstattungen	628
cc) Zuschüsse	629
dd) Vorbildung zu einem Beruf	629
ee) Andere Zuwendungen	630
4. Ausnahmen von der Ausgleichungspflicht	631
III. Art und Weise der Ausgleichung	632
1. Grundprinzipien	632
2. Der Berechnungsvorgang	632
3. Wertbestimmung durch den Erblasser	633
4. Sonderfall des Mehrempfangs	634
5. Auskunftsansprüche	634
6. Ausgleichung lebzeitiger Leistungen	636
a) Bedeutung	636
b) Voraussetzung des Ausgleichsanspruchs	636
c) Umfang des Ausgleichsanspruchs	637
d) Rechtspolitische Kritik	637
Kapitel 15. Die Testamentsvollstreckung	639
§ 62. Begriff, Bedeutung und Grundlagen der Testamentsvollstreckung	640
I. Der Begriff der Testamentsvollstreckung	640
II. Die Bedeutung der Testamentsvollstreckung	641
III. Die Abgrenzung von vergleichbaren Rechtsfiguren	643
IV. Die Arten und Ausformungen der Testamentsvollstreckung	644
1. Überblick	644
2. Die einzelnen Arten der Testamentsvollstreckung	645
a) Regelfall	645
b) Dauertestamentsvollstreckung	645
c) Nacherbenvollstreckung	646
d) Vermächtnisvollstreckung	647
§ 63. Beginn und Ende der Testamentsvollstreckung	648
I. Anordnung der Testamentsvollstreckung und Ernennung des Testamentsvollstreckers	648
1. Die Anordnung der Testamentsvollstreckung	648
2. Die Ernennung des Testamentsvollstreckers	649
a) Begriff und Ausschlussgründe	649

b) Ernennung durch den Erblasser	651
c) Ernennung durch Dritte	651
aa) Ernennung durch einen ermächtigten Dritten	651
bb) Ernennung durch das Nachlassgericht	652
II. Annahme und Beginn des Amtes	653
1. Beginn und Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	653
2. Annahme des Amtes	654
3. Nachweise des Amtes	656
III. Das Ende der Testamentsvollstreckung	656
1. Überblick	656
2. Beendigungsgründe	657
3. Beendigung durch Entlassung	658
a) Bedeutung	658
b) Antragsvoraussetzung	659
c) Vorliegen eines wichtigen Grundes	660
d) Entscheidung durch das Nachlassgericht	661
4. Beendigung durch Fristablauf	663
a) Grundsatz	663
b) Ausnahmen	663
5. Folgen der Beendigung	665
IV. Mehrere Testamentsvollstrecker	666
1. Gemeinschaftliche Amtsführung	666
2. Wegfall eines Mitvollstreckers	667
3. Abweichende Anordnungen des Erblassers	668
§ 64. Die Aufgaben des Testamentsvollstreckers	668
I. Überblick	668
II. Die Konstituierung des Nachlasses	670
1. Pflicht zur Erstellung eines Nachlassverzeichnisses	670
2. Inhalt des Nachlassverzeichnisses	672
3. Weitere Konstituierungshandlungen	674
III. Die ordnungsgemäße Verwaltung des Nachlasses	674
1. Pflicht zur ordnungsgemäßen Verwaltung	674
2. Inhalt der Verwaltungspflicht	675
3. Rechtsfolgen ordnungswidriger Verwaltung	676
4. Verwaltungsanordnungen des Erblassers	677
5. Überlassung von Nachlassgegenständen	678
a) Bedeutung	678
b) Voraussetzungen	678
c) Wirkungen	679
6. Nachlasserträge als Gegenstände der Verwaltung	679
IV. Das Eingehen von Verbindlichkeiten durch den Testamentsvollstrecker	680
1. Überblick	680
2. Eingehen einer Verbindlichkeit für den Nachlass	680
3. Verbindlichkeit zu einer Verfügung über Nachlassgegenstände	681
4. Erweiterungen durch den Erblasser	682
5. Rechtsfolgen	683
V. Die Auseinandersetzung des Nachlasses	683
1. Auseinandersetzung als Aufgabe des Testamentsvollstreckers	683
2. Ausschluss der Auseinandersetzung	685

§ 65. Verfügungen über Nachlassgegenstände	685
I. Grundsätze	685
II. Die Verfügungen durch den Testamentsvollstrecker	686
1. Einschränkungen bei unentgeltlichen Verfügungen	686
2. Erweiterungen	688
3. Weitere Grenzen der Verfügung über Nachlassgegenstände	688
a) Insichgeschäfte	688
b) Anordnung durch den Erblasser	689
4. Rechtsfolgen	690
III. Die Verfügungen durch den Erben	691
1. Beschränkung der Verfügungsmacht	691
2. Umfang	692
3. Rechtsfolgen	692
§ 66. Prozessführung des Testamentsvollstreckers und Zwangsvollstreckung	694
I. Grundsätze	694
II. Der Testamentsvollstrecker im Aktivprozess	694
III. Der Testamentsvollstrecker im Passivprozess	695
IV. Prozessführung und Zwangsvollstreckung	696
1. Urteile für und gegen den Erblasser	696
2. Urteile gegen den Testamentsvollstrecker/den Erben	697
§ 67. Rechtsbeziehungen zwischen Testamentsvollstrecker und Erben	698
I. Das Innenverhältnis zwischen Erbe und Testamentsvollstrecker	698
1. Anzuwendende Vorschriften	698
2. Grundsatz der höchstpersönlichen Dienstleistung	699
3. Haftung des Testamentsvollstreckers	700
II. Der Vergütungsanspruch des Testamentsvollstreckers	702
1. Anspruch und Anspruchs inhaberschaft	702
2. Bestimmung durch den Erblasser	703
3. Kriterien zur Bemessung einer angemessenen Vergütung	704
a) Das Differenzierungsgebot	704
b) Vergütungstabellen	706
§ 68. Steuerliche Pflichten	707
I. Grundsätze	707
1. Verknüpfung von materiellem Recht mit Steuerrecht	707
2. Verantwortlichkeit des Testamentsvollstreckers	708
II. Auseinanderfallen von materiell-rechtlicher Inhaberschaft und Vermögensverwaltung	709
III. Die Erbschaftsteuer	710
IV. Abgabe einer Steuererklärung	711
V. Die Erbensteuern	711

Teil D. Perspektive des Rechtsverkehrs

Kapitel 16. Nachlassverbindlichkeiten und Systematik der Erbenhaftung	713
§ 69. Überblick über das gesetzliche System der Erbenhaftung	713
I. Die Bedeutung der Erbenhaftung	713
II. Das System der Erbenhaftung im Überblick	714
1. Die unterschiedlichen Interessengruppen	714

2. Die Möglichkeiten der Haftungsbeschränkungen	716
3. Wichtige Ausnahmeregelungen	718
4. Rangfolge der Nachlassverbindlichkeiten	719
5. Die Gesetzesystematik	720
§ 70. Die Nachlassverbindlichkeiten	721
I. Begriff der Nachlassverbindlichkeiten	721
II. Die Erblasserschulden	721
III. Die Erbfallschulden	723
IV. Die Erbschaftsverwaltungs- oder Nachlasskostenschulden	723
V. Nachlasserbenschulden	724
VI. Eigenschulden des Erben	725
VII. Besonderheiten bei Geschäftsverbindlichkeiten	726
1. Überblick	726
2. Haftung des Erben für Geschäftsschulden eines einzelkaufmännischen Betriebes	726
a) Grundsatz der unbeschränkten Haftung	726
b) Normadressat	727
c) Fortführung	727
d) Umfang der Haftung	728
e) Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	728
3. Haftung des Erben des Gesellschafters einer OHG oder des Komplementärs einer KG für Geschäftsschulden	731
4. Haftung des Erben eines Kommanditisten für Geschäftsschulden einer KG	732
5. Die Haftung des Erben eines BGB-Gesellschafters	733
VIII. Steuerschulden	734
Kapitel 17. Die Perspektive des Nachlassgläubigers	736
§ 71. Beginn der Erbhaftung	736
I. Vor der Erbschaftsannahme	736
II. Nach der Erbschaftsannahme	738
1. Überblick	738
2. Die beiden aufschiebenden Schonungseinreden	740
a) Bedeutung	740
b) Die Dreimonatseinrede	741
c) Die Einrede des Aufgebotsverfahrens	743
d) Ausschluss der Einreden bei unbeschränkter Erbhaftung	743
e) Besonderheiten bei Bestellung eines Nachlasspflegers	744
3. Bedeutung des Vorbehalts nach § 780 ZPO	744
§ 72. Das öffentliche Aufgebot und das Inventar	745
I. Überblick	745
II. Das Aufgebotsverfahren	746
1. Bedeutung	746
2. Zuständigkeit und Verfahrensart	746
3. Antragsberechtigung	748
4. Die betroffenen Gläubiger	749
5. Wirkungen des Ausschlusssurteils	750
a) Eingeschränkte Durchsetzbarkeit von Forderungen	750
b) Entstehung der Ausschlusseinrede	750

c) Die Geltendmachung der Ausschlusseinrede	752
6. Die Verschweigungseinrede	753
a) Bedeutung und Voraussetzungen	753
b) Wirkung der Verschweigung	753
III. Das Inventar	755
1. Begriff und Bedeutung	755
2. Arten der Inventarerrichtung	756
a) Freiwillige Inventarerrichtung	756
b) Inventarerrichtung auf Antrag	757
aa) Antragsberechtigung und Antragstellung	757
bb) Bestimmung der Inventarfrist	758
3. Das Verfahren	759
4. Der Inhalt des Inventars	761
5. Versicherung durch den Erben	762
6. Inventaruntreue	763
§ 73. Möglichkeiten der endgültigen Haftungsbeschränkung des Erben	764
I. Grundsätze	764
1. Grundsatz der Nachlassseparation	764
2. Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz im Überblick ..	765
II. Die Nachlassverwaltung	766
1. Antragsberechtigung	766
a) Überblick	766
b) Antragsberechtigter Erbe	767
c) Antragsberechtigter Gläubiger	767
2. Verfahren vor dem Nachlassgericht	768
3. Wirkungen der Nachlassverwaltung	769
a) Grundsätze	769
b) Rechtshandlungen von Erben	770
c) Leistungen an den Erben	771
d) Prozessuale Auswirkungen	771
4. Rechte und Pflichten des Nachlassverwalters	773
a) Stellung des Nachlassverwalters	773
b) Aufgaben des Nachlassverwalters	774
aa) Verwaltung des Nachlasses	774
bb) Abschluss von Verpflichtungsgeschäften	777
cc) Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten	777
dd) Nachlassseparation	778
c) Beendigung der Nachlassverwaltung	779
aa) Beendigungsgründe	779
bb) Folgen der Beendigung	781
cc) Verantwortlichkeit des Erben	782
III. Die Nachlassinsolvenz	783
1. Bedeutung	783
2. Voraussetzungen der Eröffnung	783
a) Allgemeines	783
b) Antragsrecht	784
c) Antragspflicht	785
d) Eröffnungsgründe	787
e) Zuständigkeit und Verfahren	787
3. Schuldner und Insolvenzmasse	788

4. Rechtswirkungen der Verfahrenseröffnung	789
5. Abwicklung des Nachlassinsolvenzverfahrens	791
6. Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	792
a) Einstellung und Aufhebung	792
b) Erbenhaftung nach Insolvenzbeendigung	793
IV. Verantwortlichkeit des Erben für die bisherige Verwaltung	794
1. Haftung bei Anordnung der Nachlassverwaltung	794
a) Vor der Erbschaftsannahme	794
b) Nach der Erbschaftsannahme	794
2. Haftung bei Anordnung der Nachlassinsolvenz	796
V. Haftungsbeschränkung bei dürfigem Nachlass	797
1. Problemdarstellung	797
2. Die sog. Dürftigkeitseinrede nach § 1990	798
a) Dürftigkeit des Nachlasses	798
b) Keine unbeschränkte Haftung	799
3. Die sog. Überschwerungseinrede nach § 1992	800
4. Folgen der Einreden	801
a) Verwalterhaftung des Erben	801
b) Aufwendungsersatz	802
c) Aufhebung der Konfusion bzw. der Konsolidation	802
d) Aufrechnungen	802
e) Befriedigung der Nachlassgläubiger	803
f) Besonderheiten bei § 1992	804
5. Prozessuale Geltendmachung	804
a) Erkenntnisverfahren	804
b) Zwangsvollstreckung	805
Kapitel 18. Die Haftung in der Erbengemeinschaft	807
§ 74. Einführung	807
I. Bedeutung des Haftungsumfangs	807
II. Haftung vor Annahme der Erbschaft	809
III. Bedeutung der Nachlassteilung	809
IV. Schutz des Nachlasses vor den Eigengläubigern der Miterben ..	810
§ 75. Miterbenhaftung nach Annahme und vor Nachlassteilung	811
I. Gesamtschuld und Gesamthandhaftung	811
II. Die gesamtschuldnerische Haftung	812
1. Gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeiten	812
2. Der Teilungsbegriff	812
a) Grundsätze	812
b) Teilauseinandersetzung	813
III. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	814
1. Die allgemeinen Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten	814
2. Die speziellen Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten in der Erbengemeinschaft	815
a) Bedeutung und Überblick	815
b) Einrede nach § 2059 Abs. 1 S. 1	816
c) Folgen unbeschränkbarer Haftung nach § 2059 Abs. 1 S. 2	817
IV. Prozessuale Aspekte bis zur Nachlassteilung	818
1. Die Klagemöglichkeiten des Nachlassgläubigers	818

2. Die Gesamtschuldsklage	819
3. Gesamthandsklage (§ 2059 Abs. 2)	820
V. Haftung und Innenverhältnis	820
§ 76. Haftung nach der Nachlassteilung	822
I. Aufhebung der Trennung	822
II. Grundsatz der gesamtschuldnerischen Haftung	822
III. Ausnahmen von der gesamtschuldnerischen Haftung	822
1. Bedeutung	822
2. Teilhaftung nach § 2060	823
3. Teilhaftung nach § 2061	824
§ 77. Der Miterbe als Nachlassgläubiger	824
I. Haftung vor der Nachlassteilung	824
II. Haftung nach der Nachlassteilung	826
Kapitel 19. Fragen der Legitimation	827
§ 78. Der Erbschein	828
I. Bedeutung und Funktion	828
II. Inhalt und Arten von Erbscheinen	830
1. Inhalt des Erbscheins	830
2. Überblick über die Arten von Erbscheinen	831
3. Die einzelnen Erbscheine	832
4. Besonderheiten beim beschränkten Erbschein	833
III. Das Erbscheinerteilungsverfahren	835
1. Zuständigkeit	835
2. Antragserfordernis und Antragsberechtigung	836
a) Antragserfordernis	836
b) Antragsberechtigung	837
3. Inhalt des Antrags und Nachweis der Richtigkeit der Angaben	838
a) Inhalt des Antrags	838
b) Nachweis der Richtigkeit	839
c) Besonderheiten beim gemeinschaftlichen Erbschein	841
4. Verfahrensbeteiligung	842
5. Verfahren, Entscheidung und Rechtsmittel	842
a) Verfahrensgrundsätze	842
b) Entscheidung	845
c) Rechtsbehelfe	846
d) Verhältnis von Erbschein und Zivilprozess	847
IV. Einziehung, Kraftloserklärung und Herausgabe des unrichtigen Erbscheins	849
1. Problemdarstellung	849
2. Unrichtigkeit des Erbscheins	850
3. Einziehungsverfahren	852
4. Kraftloserklärung	854
5. Beschwerde	855
6. Anspruch des wirklichen Erben auf Herausgabe	855
V. Rechtswirkungen der Erbscheinerteilung	856
1. Die Funktionen des Erbscheins im Überblick	856
2. Die Legitimationsfunktion	856

3. Die Vermutungsfunktion	858
a) Bedeutung	858
b) Voraussetzungen	858
c) Die Vermutungswirkungen	858
4. Der öffentliche Glaube des Erbscheins	861
a) Bedeutung	861
b) Voraussetzungen	862
aa) Überblick	862
bb) Rechtsgeschäftlicher Erwerb	862
cc) Erbschaftsgegenstand betroffen	862
dd) Gutgläubigkeit	863
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften	864
5. Erweiterung des Gutglaubensschutzes durch § 2367	865
§ 79. Das geplante Europäische Nachlasszeugnis	867
I. Begriff und Bedeutung	867
II. Zuständigkeit und Verfahren	868
1. Antragsvoraussetzung	868
2. Erteilung des Nachlasszeugnisses	869
III. Wirkungen und Inhalt des Nachlasszeugnisses	869
1. Wirkungen	869
2. Inhalt des Nachlasszeugnisses	869
3. Beschränkungen	870
§ 80. Das Testamentsvollstreckezeugnis	871
I. Aufgaben und Wirkungen	871
1. Aufgaben	871
2. Wirkungen	871
II. Das Erteilungsverfahren	873
III. Inhalt des Testamentsvollstreckezeugnisses	875
§ 81. Das Handelsregister	876
I. Einführung und Grundsätze	876
II. Besonderheiten beim einzelkaufmännischen Unternehmen	878
III. Besonderheiten bei OHG und KG	879
1. Besonderheiten bei der OHG	879
2. Besonderheiten bei der KG	880
IV. Testamentsvollstreckung und Handelsregister	881
§ 82. Das Grundbuch	881
I. Grundsätze und Problemdarstellung	881
II. Eintragung des Erben mittels Antrag auf Grundbuchberichtigung	882
1. Antragserfordernis	882
2. Unrichtigkeitsnachweis	883
a) Grundsätze	883
b) Nachweis durch Erbschein	884
c) Nachweis durch Verfügung von Todes wegen	885
3. Löschung untergegangener höchstpersönlicher Rechte	886
III. Eintragung des Erben mittels Klage auf Grundbuchberichtigung	886
IV. Sonderfragen bei Miterbengemeinschaft	887
V. Sonderfragen bei Vor- und Nacherben	888

VI. Testamentsvollstreckung und Grundbuch	890
VII. Einsicht in das Grundbuch	891
Kapitel 20. Die Mindestteilhabe des übergangenen gesetzlichen Erben ..	893
§ 83. Bedeutung des Pflichtteils	896
I. Das Pflichtteilsrecht als Grenze der Testierfreiheit	896
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Pflichtteilsrechts	896
III. Rechtspolitische Rechtfertigung des Pflichtteilsrechts	897
§ 84. Der Pflichtteilsanspruch	898
I. Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsanspruch	898
II. Der Anspruch im Überblick	899
§ 85. Voraussetzungen des Pflichtteilsanspruchs	900
I. Die Anspruchsberechtigung	900
1. Der Kreis der pflichtteilsberechtigten Personen	900
2. Kein Verlust der Erb- und Pflichtteilsberechtigung	901
II. Der Ausschluss von der Erbfolge durch Verfügung von Todes wegen	901
III. Anspruchsgegner und Pflichtteilslast	903
1. Anspruchsgegner im Außenverhältnis	903
2. Verteilung der Pflichtteilslast im Innenverhältnis	903
IV. Die Höhe des Pflichtteils	905
1. Die relevante Erbquote	905
2. Der Wert des Nachlasses	906
V. Entstehung und Übertragung	906
1. Entstehung	906
2. Übertragung	907
3. Pfändung	907
§ 86. Besonderheiten beim Pflichtteilsrecht des Ehegatten und des Lebenspartners	908
I. Das Pflichtteilsrecht des Ehegatten	908
1. Der berechtigte Personenkreis	908
2. Besonderheiten bei Gütertrennung	908
3. Besonderheiten bei Zugewinnungemeinschaft	908
a) Der große Pflichtteil	909
b) Der kleine Pflichtteil	910
c) Der Ehegatte schlägt aus	910
d) Auswirkungen auf die Pflichtteile der Abkömmlinge und Eltern	911
II. Das Pflichtteilsrecht des Lebenspartners	912
§ 87. Sicherstellung der Mindestbeteiligung am Nachlass	912
I. Bedeutung der §§ 2305 bis 2308	912
II. Der Pflichtteilsrestanspruch	913
1. Voraussetzungen des Pflichtteilsrestanspruchs	913
2. Rechtsfolgen	914
a) Rechtsfolgen bei Annahme des Erbteils	914
b) Rechtsfolgen bei Ausschlagung des Erbteils	914
c) Rechtsfolgen bei Beschränkungen und Beschwerungen	915

III.	Beschränkungen und Beschwerungen auf dem hinterlassenen Erbteil	915
1.	Bedeutung des Wahlrechts	915
2.	Die Voraussetzungen des Wahlrechts	916
a)	Allgemeine Voraussetzungen	916
b)	Die in Betracht kommenden Beschränkungen und Beschwerungen	916
3.	Ausübung des Wahlrechts	917
4.	Anfechtung der Entscheidung	918
IV.	Pflichtteilsanspruch trotz hinterlassenem Vermächtnis	919
1.	Bedeutung des § 2307	919
2.	Das zugewandte Vermächtnis	920
V.	Die besondere Anfechtungsmöglichkeit des § 2308	921
§ 88.	Auskunfts- und Einsichtsrechte des Pflichtteilsberechtigten	922
I.	Bedeutung	922
II.	Der Auskunftsanspruch	923
1.	Inhalt und Grenzen	923
2.	Umfang des Auskunftsanspruchs	924
3.	Erfüllung der Auskunftspflicht	924
III.	Der Wertermittlungsanspruch	925
1.	Inhalt	925
2.	Umfang des Wertermittlungsanspruchs	925
IV.	Rechtspolitische Kritik	926
§ 89.	Ermittlung des Nachlasswertes für die Pflichtteilsberechnung	927
I.	Bedeutung und Grundsätze	927
II.	Die Feststellung des Nachlassbestandes	929
1.	Der Aktivbestand	929
2.	Der Passivbestand	929
a)	Nachlassverbindlichkeiten	929
b)	Erblasserschulden	930
c)	Erbfallschulden	930
III.	Die Nachassbewertung	932
1.	Bewertungsziel	932
2.	Wertermittlungsgrundsätze	933
§ 90.	Anrechnung und Ausgleichung	934
I.	Anrechnung von Zuwendungen auf den Pflichtteil	934
1.	Bedeutung des § 2315	934
2.	Voraussetzungen der Anrechnungspflicht	935
a)	Zuwendung an den Pflichtteilsberechtigten	935
b)	Die Anrechnungsbestimmung	936
3.	Die Berechnung des Pflichtteilsanspruchs bei Anrechnung ..	937
4.	Anrechnungspflicht für fremden Vorempfang	938
II.	Ausgleichungspflichten und Pflichtteil	939
1.	Bedeutung	939
2.	Die Voraussetzungen der Ausgleichung	939
3.	Der Berechnungsvorgang	941
4.	Zuwendungen, die ausgleichungs- und anrechnungspflichtig sind	941

§ 91. Der Pflichtteilsergänzungsanspruch	942
I. Bedeutung und Charakter	942
II. Der Anspruchsgegner	942
III. Der Anspruchsinhaber	943
IV. Die Schenkung	945
1. Grundsätze	945
2. Ehebezogene Zuwendungen	946
3. Abfindung für Erbverzicht	946
V. Berechnungsvorgang und Bewertung der Schenkung	947
1. Der Berechnungsvorgang	947
2. Bewertung von Schenkungen	948
a) Grundsätze	948
b) Bewertung verbrauchbarer Sachen	948
c) Nicht verbrauchbare Sachen	948
VI. Die Zehnjahresfrist	949
1. Frist und Fristbeginn	949
2. Fristbeginn bei Schenkungen an den Ehegatten	950
VII. Der Umgang mit sog. Eigengeschenken	951
1. Problemdarstellung	951
2. Voraussetzungen	952
3. Behandlung anrechnungspflichtiger Geschenke	953
VIII. Anspruch gegen den Beschenkten	953
1. Bedeutung und Inhalt	953
2. Voraussetzungen des Anspruchs gegen den Beschenkten	954
a) Gläubiger und Schuldner	954
b) Subsidiarität der Haftung	955
3. Inhalt des Anspruchs	955
§ 92. Durchsetzung des Pflichtteilsanspruchs	957
I. Geltendmachung des Anspruchs	957
II. Stundung des Pflichtteilsanspruchs	958
1. Bedeutung	958
2. Voraussetzungen der Stundung	959
III. Verjährung des Pflichtteilsanspruchs	960
§ 93. Pflichtteil und Steuern	961
I. Entstehung der Steuerschuld	961
II. Umfang der Besteuerung	962
§ 94. Die Beschränkung von Pflichtteilsansprüchen	963
I. Bedeutung und Überblick	963
II. Die Pflichtteilsentziehung	964
1. Bedeutung und verfassungsrechtliche Grundlagen	964
2. Die Entziehungsgründe	965
a) Grundsätze	965
b) Nach dem Leben trachten (§ 2333 Abs. 1 Nr. 1)	965
c) Sich eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens schuldig machen (§ 2333 Abs. 1 Nr. 2)	966
d) Böswillige Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht (§ 2333 Abs. 1 Nr. 3)	967
e) Sonstiges schweres Fehlverhalten (§ 2333 Abs. 1 Nr. 4) ...	967
3. Verzeihung durch den Erblasser	969

4. Durchführung der Pflichtteilsentziehung	970
a) Pflichtteilsentziehung als Gestaltungsrecht	970
b) Wirkung der Pflichtteilsentziehung	970
c) Angabe des Grundes in der Verfügung	970
III. Die Pflichtteilsunwürdigkeit	972
1. Pflichtteilsunwürdigkeit und Pflichtteilsentziehung	972
2. Schutzobjekt der Pflichtteilsunwürdigkeit	972
3. Grundsätze der Pflichtteilsunwürdigkeit	973
4. Umfang des betroffenen Anspruchs	974
5. Geltendmachung der Pflichtteilsunwürdigkeit	974
a) Geltendmachung durch Anfechtung	974
b) Anfechtungsfrist	974
c) Wirkung der Anfechtung	975
6. Verzeitigung	975
IV. Die Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	975
1. Zweck der Pflichtteilsbeschränkung	975
2. Voraussetzungen der Pflichtteilsbeschränkung	976
a) Grundsätze	976
b) Sachliche Voraussetzungen	977
c) Zeitliche Voraussetzungen	978
d) Persönliche Voraussetzungen	978
3. Gestaltungsmöglichkeiten des Erblassers	979
a) Grundsätze	979
b) Einsetzung der gesetzlichen Erben des Abkömmlings als Nacherben	979
c) Anordnung eines Nachvermächtnisses	980
d) Anordnung und Wirkung der Verwaltungstestamentsvollstreckung	980
4. Verhältnis zu § 2306	980
5. Die beschränkende Anordnung	981
§ 95. Der Pflichtteilsverzicht	981
I. Bedeutung und Umfang	981
II. Zustandekommen	983
III. Entgeltlicher Pflichtteilsverzicht	983
1. Bedeutung und Grundsätze	983
2. Abfindungen als Zuwendungen	984
3. Abfindung und Steuern	984
IV. Umfassender Erbverzicht oder bloßer Pflichtteilsverzicht?	985

Teil E. Nachfolge in besondere Vermögensarten

Kapitel 21. Das Landwirtschaftserbrecht	989
§ 96. Einführung in das Landwirtschaftserbrecht	989
I. Bedeutung und Überblick	989
II. Geschichtliche Entwicklung	991
§ 97. Erbfolge nach der HöfeO	993
I. Anwendungsbereich	993
1. Der Begriff des Hofes	993
2. Folgen der Anwendung der HöfeO	994

II.	Bestimmung des Erben und Abfindung der Miterben	995
1.	Berufung des An- bzw. Hoferben	995
2.	Abfindungsansprüche weichender Miterben	996
a)	Abfindung nach dem Hofwert	996
b)	Nachabfindungsanspruch	997
III.	Stellung des längerlebenden Ehegatten	999
IV.	Stellung der Pflichtteilsberechtigten	999
V.	Nachweis- und Verfahrensfragen	999
§ 98.	Das Hofzuweisungsverfahren nach dem GrdstVG	1000
I.	Bedeutung	1000
II.	Voraussetzungen für die Zuweisung	1000
III.	Zuweisung und Folgen	1001
§ 99.	Landguterbrecht des BGB	1002
I.	Landguterbrecht und Erbengemeinschaft	1002
1.	Bedeutung	1002
2.	Voraussetzungen	1002
a)	Begriff des Landguts	1002
b)	Anordnung der Übernahme	1004
c)	Übernahme durch einen Erben	1004
3.	Rechtsfolgen	1004
II.	Landguterbrecht und Pflichtteil	1005
1.	Normzweck	1005
2.	Voraussetzungen für die Ertragswertberechnung	1005
a)	Persönlicher Anwendungsbereich	1005
b)	Landgut	1006
c)	Übernahme	1006
3.	Ertragswertberechnung	1007
Kapitel 22. Unternehmensnachfolge	1008	
§ 100.	Einführung	1009
§ 101.	Die Vererbung eines einzelkaufmännischen Geschäftsbetriebs	1011
I.	Der Grundsatz der Vererblichkeit	1011
II.	Einzelkaufmännischer Geschäftsbetrieb und Erben-gemeinschaft	1012
1.	Erbengemeinschaft als Unternehmensträger	1012
2.	Dauerhafter Betrieb durch Erbengemeinschaft	1013
a)	Fortführung des Geschäfts als Nachlassverwaltung	1013
b)	Erteilung einer Prokura	1013
c)	Konkludente Gesellschaftsgründung	1014
3.	Haftungsfragen	1015
III.	Die Testamentsvollstreckung an einem einzelkaufmännischen Betrieb	1016
1.	Einführung in die Thematik	1016
2.	Treuhandlösung	1017
3.	Vollmachtlösung	1019
4.	Weisungsgeberlösung	1020
§ 102.	Die Vererbung von Anteilen an Personengesellschaften	1021
I.	Der Anteil an einer GbR	1021
1.	Grundsatz der Unvererblichkeit	1021

2. Auflösung der GbR als gesetzlicher Regelfall	1022
3. Fortführung unter den verbleibenden Gesellschaftern	1023
a) Fortsetzungsklausel	1023
b) Fortsetzungskomponente	1023
c) Ausschließungskomponente	1023
d) Abfindungsvereinbarungen	1024
II. Der Anteil an einer OHG/KG	1027
1. Grundsatz der Unvererblichkeit des Anteils eines persönlich haftenden Gesellschafters	1027
2. Der Anteil eines Kommanditisten	1028
a) Grundsatz der Vererblichkeit des Anteils	1028
b) Haftung des neuen Kommanditisten	1030
c) Übergang auf mehrere Erben	1030
d) Testamentsvollstreckung an einem Kommanditanteil	1031
III. Die Gestaltung der Gesellschaftsfortsetzung	1032
1. Gesellschaftsvertragliche Lösungen	1032
a) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	1032
b) Eintrittsklauseln	1034
aa) Inhalt	1034
bb) Schwebezustand	1035
cc) Einlageleistung und Abfindungsansprüche	1036
dd) Steuern	1037
2. Erbrechtliche Lösungen	1038
a) Bedeutung	1038
b) Einfache Nachfolgeklausel	1039
c) Qualifizierte Nachfolgeklausel	1040
d) Steuern	1042
3. Das Wahlrecht des § 139 HGB	1044
a) Bedeutung	1044
b) Voraussetzungen des Wahlrechts	1045
c) Ausübung des Wahlrechts	1046
d) Umwandlung in einen Kommanditanteil	1047
e) Ausscheiden des Erben	1048
f) Haftungsfragen	1049
aa) Haftung während der Schwebezeit	1049
bb) Haftung als Kommanditist	1049
cc) Haftung als Komplementär	1050
dd) Haftung in der Erbengemeinschaft	1050
4. Testamentsvollstreckung an einem Personen-gesellschaftsanteil	1050
a) Einführung	1050
b) Voraussetzungen	1052
c) Beaufsichtigende Testamentsvollstreckung	1053
§ 103. Die Vererbung von Anteilen an einer GmbH	1054
I. Der Grundsatz der Vererblichkeit der Geschäftsanteile	1054
1. Die Vererbung von GmbH-Geschäftsanteilen	1054
a) Grundsätze	1054
b) Eintragungserfordernis	1055
2. Die Erbengemeinschaft an einem GmbH-Geschäftsanteil	1056
a) Stellung der Erben in der GmbH	1056

b) Stellung der Erben untereinander	1057
c) Auseinandersetzung	1057
II. Nachfolgeregelungen in der Satzung	1058
1. Überblick	1058
2. Abtretungsklauseln	1059
3. Einziehungs- und Kaduzierungsklauseln	1060
4. Abfindungsklausel	1061
III. Vor- und Nacherbschaft an einem Geschäftsanteil	1062
1. Der Vorerbe als Gesellschafter	1062
2. Verfügungen über den Geschäftsanteil	1063
IV. Die Haftung der Erben für mitgliedschaftliche Verbindlichkeiten	1064
V. Die vermächtnisweise Zuwendung eines Geschäftsanteils	1065
VI. Die Testamentsvollstreckung an GmbH-Anteilen	1066
1. Grundsätze	1066
2. Grenzen der Rechtsausübung	1067
3. Grenzen durch Satzungsbestimmung	1067
VII. Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	1068
§ 104. Die Rechtsnachfolge in Anteile an einer AG	1068
I. Die Grundsätze	1068
II. Einschränkungen der Vererblichkeit	1070
III. Die Erbgemeinschaft an Aktien	1071
IV. Die Testamentsvollstreckung in Aktien	1072
V. Die Zwangseinziehung nach § 237 AktG	1072
VI. Stimmbindungsverträge, Schutzgemeinschaftsverträge und Poolverträge als Instrumente der Nachfolgeplanung	1073
Kapitel 23. Der Erbfall mit Auslandsbezug	1074
§ 105. Einführung in das Internationale Erbrecht	1075
I. Bedeutung und Überblick	1075
II. Grundprinzipien des IPR	1077
1. Internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit	1077
2. Internationales Erbrecht als Kollisionsrecht	1077
III. Rechtsquellen des Internationalen Erbrechts	1078
§ 106. Das Erbstatut	1079
I. Maßgeblichkeit des Personalstatuts	1079
II. Rück- und Weiterverweisung	1081
III. Ordre-public-Vorbehalt	1083
IV. Rechtspolitische Kritik	1084
V. Möglichkeiten der Rechtswahl	1084
1. Grundsatz des Rechtswahlverbots	1084
2. Beschränkte Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 2 EGBGB	1085
a) Voraussetzungen	1085
b) Folgen	1086
VI. Reichweite des Erbstatuts	1087
1. Eintritt des Erbfalls	1087
2. Umfang des Nachlasses	1087
3. Verfügungen des Erblassers	1088
4. Erbfähigkeit	1088
5. Gesetzliche Erbfolge	1089
6. Inhalte letztwilliger Verfügungen	1090

7. Rechtliche Stellung des Erben	1090
8. Pflichtteil	1091
VII. Eheliches Güterrecht und Erbstatut	1092
VIII. Sachstatut und Erbstatut	1093
§ 107. Verfügungen von Todes wegen	1094
I. Grundsätze	1094
II. Gültigkeit letztwilliger Verfügungen	1095
1. Testierfähigkeit	1095
2. Formstatut	1096
a) Anwendungsbereich	1096
b) Die Anknüpfungsmöglichkeiten	1096
3. Statutenwechsel	1098
III. Wirkungen und Widerruf eines gültigen Testaments	1098
§ 108. Internationales Verfahrensrecht	1100
I. Streitiges Verfahren	1100
1. Internationale Zuständigkeit	1100
a) Nach der ZPO	1100
b) Nach europäischem Recht	1100
2. Der besondere Gerichtsstand der Erbschaft	1101
II. Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	1102
1. Internationale Zuständigkeit in Nachlasssachen	1102
2. Testamentseröffnung	1104
3. Erbaußschlagung	1105
4. Erbscheinsverfahren	1105
§ 109. Europäische Rechtsentwicklungen	1107
I. Überblick	1107
II. Gewöhnlicher Aufenthalt als Anknüpfungspunkt	1107
III. Beschränkte Rechtswahl	1109
IV. Erbverträge	1110
V. Umfang des Erbstatuts	1110
VI. Pflichtteil	1111
VII. Zuständigkeitsfragen	1112
Sachverzeichnis	1115